Fraktion Bündnis 90/Die Grünen · Rathaus · 45657 Recklinghausen

An
Bürgermeister Axel Tschersich
-im Hause-

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Recklinghausen

Rathaus Recklinghausen
Rathausplatz 3
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361 50 1050
B90_gruene.fraktion@recklinghausen.de

Recklinghausen, 30.11.2026

Sofortmaßnahmen gegen Catcalling im öffentlichen Raum – Kommunalen Handlungsspielraum nutzen und Bundesgesetz flankieren

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tschersich,

hiermit bitten wir Sie, nachfolgenden Antrag unserer Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Der Rat der Stadt Recklinghausen möge folgendes beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit verbale, nonverbale und gestische sexuelle Belästigung (Catcalling) als unerwünschtes und ordnungswidriges Verhalten in die ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Recklinghausen aufgenommen werden können (analog zu den aktuellen Prüfverfahren in anderen NRW-Kommunen wie Köln, Duisburg und Dortmund). Ziel ist es, Bußgelder für Belästigungen im öffentlichen Raum festzulegen, um die bestehende Schutzlücke bis zum Inkrafttreten des angekündigten Bundesgesetzes sofort zu schließen.

2. Die Verwaltung bereitet frühzeitig die internen Strukturen und Abstimmungswege zwischen dem Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) und der lokalen Kreispolizeibehörde vor, damit der angekündigte neue Straftatbestand gegen verbale sexuelle Belästigung nach dessen Verabschiedung auf Bundesebene im Stadtgebiet direkt und effektiv vollzogen werden kann.

3. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KOD werden gezielt für das Phänomen des Catcallings geschult. Sie sollen sensibilisiert werden, Betroffenen vor Ort niedrigschwellig Beistand zu leisten, Gefährder anzusprechen und im Rahmen ihrer Befugnisse Platzverweise auszusprechen.

4. Das städtische Gleichstellungsbüro wird beauftragt, in Kooperation mit lokalen Frauenberatungsstellen und Opferschutzorganisationen eine digitale, auf Wunsch anonyme Meldemöglichkeit für sexuelle Belästigung im Stadtgebiet einzurichten. Die gewonnenen Daten sollen genutzt werden, um Angsträume im Stadtgebiet zu identifizieren und städtebaulich (z.B. durch bessere Beleuchtung) zu entschärfen.

Begründung:

Unter dem Begriff „Catcalling“ werden sexuell aufgeladene, aufgedrängte und entwürdigende Kommentare, Pfiffe oder Gesten ohne Körperkontakt im öffentlichen Raum zusammengefasst. Eine Dunkelfeldstudie des Bundeskriminalamts aus dem Jahr 20026 zeigt deutlich das Ausmaß: Fast jede zweite Person in Deutschland hat bereits sexuelle Belästigung erlebt – bei jungen Frauen sind es weit über 90 Prozent. Für die Betroffenen führt dies oft zu massiven psychischen Belastungen, Schamgefühlen und der Entstehung von Angsträumen, die im Alltag gemieden werden.

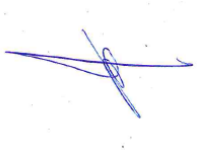
Als Fraktion Bündnis90 / Die Grünen betonen wir: Der öffentliche Raum muss für alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht, sicher und frei von Angst zugänglich sein.

Die Bundesjustizministerin Dr. Stefanie Hubig (SPD) hat einen Gesetzesentwurf angekündigt, um Catcalling auf Bundesebene endlich als Straftatbestand zu verankern und die vom Bundesgerichtshof festgestellt rechtliche Schutzlücke im Strafgesetzbuch (StGB) dauerhaft zu schließen. NRW-Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) unterstützt dieses Vorhaben nachdrücklich als „Motor des Fortschritts im Sexualstrafrecht“.

Bis dieses Bundesgesetz ausformuliert, beschlossen und rechtskräftig ist, vergeht jedoch wertvolle Zeit. Wir können und wollen Betroffene in unserer Kommune nicht vertrösten. Mehrere Großstädte in NRW – darunter Köln, Duisburg, Bochum und Dortmund – gehen deshalb bereits voran und prüfen Interimsregelungen über ihre ordnungsbehördlichen Verordnungen.

Mit diesem Antrag nutzt unsere Kommune ihren eigenen Handlungsspielraum im Rahmen der Gefahrenabwehr nach dem OBG NRW. Gleichzeitig schaffen wir durch Schulungen des KOD und digitale Meldemöglichkeiten bereits jetzt die Infrastruktur, die für den Erfolg des späteren Bundesgesetzes auf lokaler Ebene unerlässlich sein wird. Wir setzen damit als Stadt ein klares, unmissverständliches Zeichen gegen patriarchale Grenzüberschreitung und für ein respektvolles Miteinander.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Kostrzewa, grünes Ratsmitglied